

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr. 11

Ausführlicher Bericht

13. März 2006

**RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT ZWECKS EINLEITUNG EINES AKTIONSPANS IM
UNTERRICHTSBEREICH – DOKUMENT 40 (2005-2006) NR. 4**

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Tat während immerhin fünf Ausschusssitzungen über Herausforderungen im Unterrichtswesen diskutiert. Auch wenn es heute nicht so scheinen mag, ist und bleibt mein Eindruck: In den wichtigsten inhaltlichen Unterrichtsfragen war man sich im Laufe der Beratungen eigentlich einig. Dieser Konsens hat sich durch die Beratungen gezogen, wie es auch schon bei der Debatte über die Regierungserklärung oder bei der Haushaltsdebatte der Fall war.

Alle Fraktionen sind sich in den inhaltlichen Forderungen und eigentlich auch bei der Gewichtung von Schwerpunkten sehr nahe gekommen, wie es Kollege Niessen eben nochmals unterstrichen hat. Ich finde es genau wie viele andere Redner sehr schade, dass es nicht zu einem gemeinsamen Text gekommen ist. Für diesen Dissens im Abstimmungsverhalten kann es in meinen Augen jedenfalls keine inhaltlichen, sondern höchstens taktische Gründe geben, die im Übrigen viel mit einem nicht mehr zeitgemäßen Rollenverständnis von Opposition und Mehrheit im Parlament zu tun haben, denn die Mehrheitsfraktionen haben sich tatsächlich sehr viel Mühe gegeben, einen Textvorschlag zu erarbeiten, dem alle Fraktionen zustimmen können.

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass im Vorschlag der Mehrheit ausnahmslos alle Vorschläge der Opposition enthalten sind. Ich könnte es Ihnen im Detail beweisen, aber angesichts der begrenzten Redezeit verzichte ich darauf. Alle fünf Forderungen sind darin enthalten: die Berufsprofile, die Neuorientierung der Integrationsprojekte, die Neudefinition der Aus- und Weiterbildungsinhalte, die Frage der internen und externen Evaluation, die Sie als einen Prozess der Aufwertung des Unterrichtswesens von innen mit externer Begleitung definiert haben. All diese Punkte sind im Vorschlag der Mehrheit fast wortwörtlich enthalten.

Kollege Niessen meinte, nur in einem einzigen Punkt einen Dissens erkannt zu haben, und zwar bei der internen und externen Evaluation. Darauf möchte ich doch kurz eingehen. Laut Ihrem Vorschlag, Kollege Niessen, fordern Sie von der Regierung, dass sie einen engagierten Prozess einleitet - ich zitiere jetzt wörtlich: „... unter Einbeziehung einer externen professionellen Begleitung zur Aufwertung des Schulwesens, dank dessen gemeinsam mit allen Akteuren des Unterrichtswesens und

insbesondere mit den Lehrpersonen als wichtige Experten an einer Verbesserung und Stärkung des Unterrichtswesens gearbeitet wird.“ Das war Ihre Forderung.

Kollege Niessen, für diesen gemeinsam und von allen Unterrichtsakteuren unter professioneller Begleitung durchgeführten Prozess der Qualitätsentwicklung in den Schulen gibt es in der Bildungswissenschaft eine weltweit gebräuchliche Terminologie. Man nennt diesen Prozess die „Einführung der internen und externen Evaluation“. Dieser Begriff wird auch im Maßnahmenkatalog der Regierung so verwendet. Genau das fordert die Mehrheit auch in ihrem Resolutionsvorschlag. Die Einführung der internen und externen Evaluation wird europaweit diskutiert. Sie wird europaweit als ein wichtiges Instrument der Qualitätsentwicklung anerkannt, und die Einführung dieses Prozesses ist in der Tat auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft von großer Bedeutung.

Kollege Niessen! Wer bestreitet, dass dieser von der Mehrheit geforderte Prozess den Betroffenen nicht genügend - wie haben Sie das genannt? - „Gestaltungsfelder“ einräumt oder nicht genügend Partizipation ermöglicht, der irrt oder ist schlecht informiert und sollte sich einmal in der Bildungswissenschaft umhören, beispielsweise den „Hamburger Leitfaden für schulinterne Evaluation“ studieren. Dort steht wortwörtlich - ich zitiere: „Die Beteiligung der Betroffenen ist das entscheidende Gestaltungsfeld in Evaluationen. In der Schule sind es die Lehrkräfte, die gemeinsam mit ihren Schulleitungen und hauptverantwortlich die schulinterne Evaluation einleiten, planen oder durchführen.“ Dort wird wortwörtlich festgehalten, „dass Evaluation ein kommunikativer Prozess ist, der angewiesen ist auf Spiegelung und Perspektivwechsel.“ Als Schlussfolgerung wird dort ebenfalls festgehalten: „Partizipation“ - das Wort, das Sie auch verwendet haben - „sollte ein Handlungsprinzip und Entwicklungsziel in der Einzelschule sein.“

Wir haben uns ausdrücklich auf das flämische Modell berufen - Sie können diesen Hinweis wortwörtlich nachlesen -, das sich an diesem Leitfaden orientiert. Ich habe im Ausschuss mehrmals versucht, Ihnen das zu erklären. Ich habe es auch in persönlichen Gesprächen getan - leider ohne Erfolg.

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass nicht ich alleine diese Definition so sehe. Nein, das wird europaweit so getan, übrigens auch von Ihnen nahe stehenden Parteien. So wird beispielsweise in einem Positionspapier von Bündnis 90/Die Grünen zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Schulen Folgendes festgehalten - ich zitiere: „Die notwendige Steigerung der Qualität und Nachhaltigkeit der schulischen Lernprozesse in relativ selbstständigen Schulen muss aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen vor allem durch schulinterne Evaluation, durch eine Rechenschaftspflicht, durch externe Evaluation und öffentliche Diskurse bewertet werden.“ Wenn Sie dieses Papier im Detail studieren, werden Sie meine Definition, die ich eben vorgetragen habe, wiederfinden. Auch diese Partei, die in unserem Nachbarstaat nicht ganz unwichtig ist, fordert ebenfalls das, was wir genauso genannt haben: die Einführung der internen und externen Evaluation.

Ich behaupte also weiterhin, dass alle Vorschläge der Opposition in dem Vorschlag der Mehrheit enthalten sind. Ich bedauere auch, dass die Opposition dem nicht hat zustimmen wollen, umso mehr als die Ablehnung damit begründet wird, dass die Mehrheit sich in ihren zeitlichen Prioritäten nicht auf diese fünf Punkte beschränken, sondern weitere Forderungen an ihre eigene Regierung hinzufügen wollte. Wo gibt es das schon? Eine Opposition klagt darüber, dass eine Mehrheit ihrer Regierung zu viel Arbeit zumutet!

Aber die Mehrheitsfraktionen haben völlig Recht. Das Parlament darf, ja, es muss auch kurzfristig mehr von einer Regierung verlangen als die fünf Einzelforderungen der Opposition. Die Mehrheit weiß natürlich, dass sie von ihrem Unterrichtsminister mehr verlangen kann. Ich selbst habe es dem Ausschuss angeboten und Sie alle aufgefordert, mehr von mir zu verlangen, auch kurzfristig. Nur die Mehrheit ist dem Aufruf gefolgt. Die Opposition hat eine solche Messlatte nicht auflegen wollen. Sie verlangt weniger. Erstaunlich!

Ich habe das deshalb angeboten, weil ich der festen Überzeugung bin, dass, wenn wir das Klima in unseren Schulen weiter verbessern wollen, wenn wir den Lehrerberuf aufwerten wollen, wenn wir die Unterrichtsqualität verbessern wollen, wenn wir das Interesse des Kindes in den Mittelpunkt unserer Überlegungen rücken wollen, wir uns nicht auf diese fünf Einzelmaßnahmen beschränken dürfen, auch nicht in unseren zeitlichen Prioritäten. Sie sind alle sinnvoll, denn schon seit Monaten sind wir damit beschäftigt, sie umzusetzen, aber sie reichen nicht aus. Wir müssen zeitgleich und unmittelbar an der Umsetzung weiterer Maßnahmen arbeiten. Natürlich brauchen wir dabei zeitliche Prioritäten. Meines Erachtens haben die Mehrheitsfraktionen da eine sehr sinnvolle und auch eine sehr umsichtige Auswahl getroffen: die Dienstrechtsreform, die Sonderschulreform, die Verbesserung des Übergangs von der Primar- zur Sekundarschule und die Förderung der Mehrsprachigkeit.

Eigentlich kann ich nicht sehr viel Verständnis dafür aufbringen, dass die CSP beispielsweise die Verbesserung des Übergangs von der Primar- zur Sekundarschule nicht in die Liste der zeitlichen Prioritäten aufnehmen will. Das war doch noch bei der Haushaltsdebatte ihr zentrales Anliegen! Man lese nur die Reden von Frau Creutz oder von Frau Thiemann nach. Heute darf dieses Thema aus Sicht der CSP nicht in die zeitlichen Prioritäten - darum geht es hier - aufgenommen werden. Genauso wenig wie Kollege Schröder kann ich im Übrigen nachvollziehen, warum die CSP nun auch die Förderung der Mehrsprachigkeit nicht in diese Liste der zeitlichen Prioritäten aufnehmen will.

Wie ich bereits im Ausschuss erklärt habe, können wir übrigens die fünf Vorschläge der Opposition überhaupt gar nicht verwirklichen, wenn wir sie nicht zeitgleich mit der Umsetzung anderer Maßnahmen verbinden. Sie werden doch nicht ernsthaft neue Ämter im Unterrichtswesen einführen wollen, ohne gleichzeitig über das Dienstrecht und dessen notwendige Reformen zu sprechen? Das geht nicht. Sie können nicht gleichzeitig neue Ämter im Sonderschulwesen schaffen, ohne sich über die Sonderschulen und die dort notwendigen Qualifikationen zu unterhalten. Das geht nicht. Sie können auch keine, zumindest keine strukturelle Neuorientierung der Integrationsprojekte vornehmen, ohne sich mit dienstrechtlichen Aspekten, mit der Reform des Dienstrechtes und vor allem mit dem Sonderschulwesen zu befassen. Sie wissen doch alle, dass wir dort eine ganz klar erkennbare Schnittstelle haben, wenn wir Integrationsprojekte neu orientieren wollen. In diesem Zusammenhang stellt sich zuallererst die Frage: Welche Kinder möchten wir in den Regelschulen und welche Kinder möchten wir in den Sonderschulen betreuen? Das setzt voraus, dass man sich mit dem Thema der Reform des Sonderschulwesens befasst. Dasselbe gilt für die Schaffung des entsprechenden Amtes und die Berufsprofile im Allgemeinen. Ich könnte noch einige Beispiele hinzufügen.

Im Bildungswesen gibt es nun mal übergeordnete Zusammenhänge. Ich behaupte, wer diese Zusammenhänge nicht berücksichtigen will, obwohl man darauf hingewiesen hat, der betreibt eine wenig nachhaltige Form der Flickschusterei. Die Vorschläge von Opposition und Mehrheit unterscheiden sich tatsächlich in diesem Punkt sehr deutlich: Die Opposition schlägt eine Ansammlung von fünf Einzelmaßnahmen vor, während die Mehrheit die konsequente Umsetzung eines kohärenten Gesamtkonzeptes verlangt und diese Einzelmaßnahmen in dieses Gesamtkonzept integriert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute in der Tat genau wie im Ausschuss - so vermute ich zumindest - eine bestimmte Form taktischen Geplänkels erlebt. Mein Eindruck vom Abstimmungsverhalten von Ecolo und CSP ist deckungsgleich mit dem, was die Vertreter der Mehrheit dazu gesagt haben. Lassen Sie mich schlussfolgern: Ich wünsche mir, dass alle Beteiligten ihre Kräfte bündeln und im Interesse unserer Kinder zusammenarbeiten, statt über Punkte zu streiten, über die es keinen Streit gibt. Diese Spielchen „Opposition kontra Mehrheit“ sind überholt und bringen unserer Bevölkerung herzlich wenig. Sie vergeuden aber vielerorts sehr viel Energie. Aber was soll's? Ich gebe offen zu, dieses parteipolitisch motivierte Geplänkel - ich kann es zum Teil nachvollziehen - stört mich nicht wirklich; es ist nur nicht sachdienlich.

Alle diskutierten und vorgeschlagenen Maßnahmen stehen - es wurde mehrfach gesagt - im Schwerpunktkatalog der Regierung. Wie es Kollege Palm festhielt, haben wir in der Tat nicht auf die

Resolution und die heutige Abstimmung gewartet, um mit der Umsetzung dieser Maßnahmen zu beginnen. Lassen Sie mich das beweisen, indem ich alle Punkte in Stichworten nehme. Sonderschulreform: Ich wünsche mir, dass die Sonderschulreform im September 2007 gelingen wird. Interne und externe Evaluation: Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Prozess bereits im nächsten Schuljahr beginnen werden. Aus- und Weiterbildungskonzept: Die Hochschulreform ist seit Juni 2005 durch die Hochschuldekrete in Angriff genommen worden. Dienstrechtsreform: Sie werden noch in dieser Sitzungsperiode, noch vor Juni 2006 erleben, dass wir eine wichtige Etappe und damit auch eine wichtige Weichenstellung hin zu einem flexibleren und planungssicheren Dienstrecht vornehmen werden. Verbesserung des Übergangs von der Primar- zur Sekundarschule: Sie haben alle in der Presse lesen können, wie viel wir bereits in diesem Bereich, beispielsweise über die Open-Space-Konferenz getan haben. Aber natürlich ist das eine permanente Aufgabe, übrigens genau wie die Förderung der Mehrsprachigkeit. Auch dazu haben wir ein Konzept mit einer Fülle von Punkten vorgestellt, die alle einem roten Faden folgen. Viele dieser Projekte wurden bereits umgesetzt, andere werden folgen. Es ist eine permanente Herausforderung für die Bildungspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der im Ausschuss mehrheitlich angenommene Text beweist, dass die Regierung in ihrem bildungspolitischen Gesamtkonzept die richtigen Schwerpunkte zum Erhalt und zur Steigerung der Bildungsqualität definiert hat. Wir werden die darin genannten Punkte deshalb auch resolut umsetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich sehr kurz fassen. Es kann keine verletzte Eitelkeit geben, Kollege Niessen, weder bei der Mehrheit noch bei mir, denn im Ausschuss und im Text, den Sie vorgelegt haben, wird weder die Mehrheit noch die Regierung kritisiert. Sie werfen uns überhaupt nichts vor. Weswegen sollten wir uns in unserer Eitelkeit gekränkt fühlen? Wir sind es nicht. Ich bestätige es Ihnen: Hier ist niemand in seiner Eitelkeit gekränkt. Es gibt gar keinen Grund dafür!

(Zwischenrufe)

Ich habe versucht - Sie haben das ja selbst dargelegt -, sehr sachlich zu erklären, weshalb der Text der Mehrheit in ein Gesamtkonzept passt und weswegen man Ihren auf Einzelaspekte bezogenen Text so nicht annehmen kann. Es ist nicht nur eine Frage des Wollens. Man kann es gar nicht. Ihre fünf Teilaspekte sind nicht zu verwirklichen, wenn man sie nicht in den globalen Zusammenhang mit den anderen von der Mehrheit erwähnten Maßnahmen stellt. Das ist Fakt, und das wird hier niemand redlich und sachlich bestreiten können.

Ich behaupte auch, dass dieser erfundene Dissens über die Frage des Prozesses der Partizipation ein wirklich erfundener Streit ist. In meinen Augen haben Sie sich das Thema ausgeguckt, um schlussendlich nicht mit der Mehrheit stimmen zu können. Das ist meine persönliche Meinung. Ich habe es Ihnen auch schon persönlich gesagt. Ich möchte es beweisen.

Sie fordern die Partizipation von Lehrpersonen. Was steht im Text der Mehrheit? Dort steht wortwörtlich: „Die interne Evaluation soll durch Lehrpersonen selbst erfolgen“ - ist das keine Partizipation? - „und die Überprüfung der Arbeit an der Schule und ihrer Teilbereiche umfassen mit dem Ziel, Qualität zu sichern und zu steigern. Gleichzeitig können die Resultate dieser internen Evaluation der Ausgangspunkt für eine weitere Schulentwicklung sein.“ Das ist die Partizipation, wie sie auch in Deutschland beispielsweise Bündnis 90/Die Grünen fordern und wie sie im Übrigen europaweit diskutiert wird, und das ist der Prozess, den wir in unseren Schulen einführen wollen.

Ich wollte das ausdrücklich noch einmal betonen, denn Ihre Bemerkung birgt eine Gefahr in sich: Dieser Prozess soll im nächsten Schuljahr starten, und ich möchte nicht, dass in den Schulen der Eindruck entsteht, als sei dies kein Element der Partizipation, sondern von oben herab diktiert. Das würde diesem Prozess nachhaltig schaden.

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)

Im Übrigen wissen Sie, Kollege Niessen, dass es den Konsens, den ich eingangs meiner Intervention erwähnt habe, tatsächlich gibt. Ich möchte in diesem Zusammenhang Ihre eigenen Aussagen vom 22. September 2005 über die Regierungserklärung und unseren Maßnahmenkatalog in Erinnerung rufen. Damals hatten Sie bereits Ihren Vorschlag eingereicht. Was haben Sie damals gesagt? Sie haben gesagt: „Die Maßnahmen, die in der Regierungserklärung angesprochen werden, gehen zum Teil in die Richtung, die wir in unserem Resolutionsvorschlag, den wir im Parlament hinterlegt haben, fordern. Sie finden also im Prinzip unsere Unterstützung. Wir fordern den zuständigen Minister aber nachdrücklich auf, diese wichtigen Veränderungen in einem wirklich demokratischen Prozess unter Einbeziehung der Betroffenen herbeizuführen.“

Ich habe Ihnen bewiesen, dass dieser Prozess der Einbeziehung stattfindet. Dieser Dissens, der heute vom Zaun gebrochen wird, ist reine Taktik, die ich nachvollziehen kann, die legitim ist, die der Sache aber nicht dient. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)